

VR *International*

AUSLANDSGESCHÄFT. EINFACH MACHEN!



KI in der Außenwirtschaft

6 LÄNDERSTECKBRIEF
OMAN

10 EXPORTMÄRKTE
SORTIEREN SICH NEU

11 WAS MACHT EIGENTLICH
... DIE IEA?

Wettbewerbsvorteil durch moderne Technologien

Technologien wie Künstliche Intelligenz (KI) und in Zukunft auch das Quantencomputing werden den globalen Handel entscheidend prägen. Oder wie es der Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) ausdrückt: „KI ist der Auslöser einer tektonischen Verschiebung in Wirtschaft und Gesellschaft.“ Es ist vor allem die Welt der generativen KI (GenAI) und der agentenbasierten KI-Systeme (Agentic AI), die sich rasant entwickelt – sie verändern Geschäftsmodelle, verschieben Wertschöpfungsketten, machen Lieferketten effizienter und tragen dazu bei, Sprachbarrieren zu überwinden, indem sie Dokumente und Gespräche in Echtzeit übersetzen.

„Die KI ist Teil eines umfassenden digitalen Wandels, der den internationalen Handel zunehmend prägt. Automatisierte Pro-

zesse, intelligente Dokumentenprüfung, effizientere Logistik oder bessere Risikoanalysen – all das entsteht durch die Kombination aus Digitalisierung und KI-Technologien“, erklärt Oliver Wieck, Generalsekretär der Internationalen Handelskammer (ICC) Germany. Aus seiner Sicht können besonders kleinere Firmen davon profitieren, weil digitale Lösungen ihnen ermöglichen, Prozesse zu vereinfachen, die früher hohe Ressourcen gebunden haben.

Im Fokus stehen konkrete Anwendungsbeispiele für KI in diversen Feldern der Außenwirtschaft – von Zolltarifizierung und Exportkontrolle über Lieferanten- und Dokumentenmanagement. Im Ergebnis: Mehr Transparenz, weniger Bürokratie und schnellere Entscheidungen.

KI kann entlang der gesamten Wertschöpfungskette genutzt werden. Ein paar Beispiele:

1. Aufgrund ihrer Fähigkeit, große Datensätze zu analysieren, hat KI das Potenzial, zu einem Game Changer in der Vorhersage von Marktnachfragen zu werden. Algorithmen können Trends auf dem globalen Markt identifizieren und Prognosen für attraktive Exportmärkte erstellen. Zudem können Dienstleistungen elektronisch und grenzüberschreitend erbracht werden, was den Zugang zu internationalen Märkten erleichtert.

2. Prozesse werden optimiert: Das National Bureau of Economic Research, ein wirtschaftlicher Thinktank in den USA, stellte in einer Studie fest, dass im Bereich Kundensupport die Produktivität um durchschnittlich 14 % stieg. Die aktuelle DIHK-Digitalisierungsumfrage kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. Danach stuften 41 % der Betriebe, die KI einsetzen, den Einfluss der Technologie auf ihre Produktivität als hoch ein. *Infos zu der US-Studie: www.nber.org/papers/w31161*

3. KI-Agenten machen die Zollabwicklung einfacher und sicherer, da sie Zolltarifnummern automatisch zuordnen und Dokumente prüfen können. Einige Länder nutzen dies bereits. Die Zollverwaltung des Emirats Dubai hat zum Beispiel eine App entwickelt, die mittels KI die Klassifizierung von Waren nach dem Harmonisierten System (HS) erleichtert. Zu den immer komplexer werdenden Anforderungen im internationalen Warenaustausch gehören neben der Einhaltung der Zollvorschriften auch die Berücksichtigung von Sanktionen, Embargos und anderen internationalen Handelsbeschränkungen. Hinzu kommt die Dynamik sich ändernder Handelsabkommen, was ebenfalls Auswirkungen auf Zollltarife und Handelsvorschriften hat. Auch in diesen Sektoren sind KI-Tools hilfreich.

4. Zur Einhaltung beispielsweise des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) scannen KI-Tools Millionen von Nachrichtenquellen, Social-Media-Feeds und Behördenregister in Echtzeit nach Hinweisen z.B. auf Umweltverstöße oder finanzielle Probleme bei Partnern rund um den Globus.

KI feiert in der Logistik bereits heute große Erfolge

KI-Tools analysieren globale Handelsdaten in Echtzeit, um Engpässe, Hafenstaus oder Verzögerungen frühzeitig erkennen zu können.

Das erhöht die Transparenz und verringert Verspätungen. Bei Unterbrechungen werden automatisch alternative Lieferwege vorgeschlagen, was die Zuverlässigkeit erhöht.

„Schnelle und messbare Erfolge durch Digitalisierung“

VR International: Warum sollten sich Unternehmen vom Papier verabschieden?

Stephan Freismuth: Digitale Handelsprozesse sind längst zu einem zentralen Erfolgsfaktor im internationalen Warenverkehr geworden. Sie ermöglichen nicht nur effizientere Abläufe, sondern sind zugleich der Schlüssel für eine nachhaltige, zukunftsfähige Handelswelt. Viele Wirtschaftsbeteiligte scheuen oft noch den Schritt in die Digitalisierung, häufig aus Angst vor Neuem oder vor umfangreichen IT-Projekten. Dabei braucht es nicht immer große Systemlandschaften: Schon kleine, überschaubare Digitalisierungsmaßnahmen können schnelle und messbare Erfolge bringen. Beispiele sind das digitale Ursprungszeugnis, das digitale Carnet oder der Einsatz von KI-Lösungen im täglichen operativen Geschäft der Zollabwicklung.



VR International: Was bedeutet das für die fragilen Lieferketten?

Stephan Freismuth: Digitale Handelsprozesse stärken nicht nur Effizienz und Compliance, sondern werden zu einer strategischen Notwendigkeit für resiliente und flexible Lieferketten. Unternehmen, die digitale Lösungen nutzen, offizielle Zollraten einbeziehen und ihre Zollprozesse wieder stärker intern steuern, sichern sich maximale Transparenz – und damit die Fähigkeit, geopolitische, regulatorische und marktseitige Risiken proaktiv zu managen. Ohne präzise Daten über die eigenen Warenbewegungen bleibt unklar, wo Risiken bestehen und welche Absicherungsmaßnahmen erforderlich sind. In der Praxis zeigt sich jedoch häufig, dass operative Zollprozesse an externe Dienstleister ausgelagert werden, um interne Kapazitäten zu entlasten und Kosten zu sparen. Diese vermeintliche Entlastung führt jedoch oft zu gegenteiligen Effekten: Unternehmen verlieren den Überblick über ihre eigenen Warenströme, externe Partner haben kaum Anreize zur Prozessoptimierung oder Digitalisierung, und die Qualität der Zollabwicklung leidet – was insbesondere im Rahmen von Zollprüfungen deutlich sichtbar wird.

VR International: Wie entscheidend ist das „Model Law on Electronic Transferable Records“?

Stephan Freismuth: Gesetzliche Rahmenbedingungen wie das „Model Law on Electronic Transferable Records“ (MLETR) spielen eine zentrale Rolle für die Digitalisierung des Welthandels, auch wenn ihre Umsetzung bislang nur langsam voranschreitet. Es schafft einen international anschlussfähigen Rechtsrahmen, der definiert, wie elektronisch übertragbare Handelsdokumente rechtssicher erstellt, übertragen und kontrolliert werden können. Obwohl internationale gesetzliche Rahmenbedingungen wie das MLETR essenziell sind, um digitale Handelsprozesse rechtssicher zu gestalten, reichen sie allein nicht aus. Die volle Wirkung kann sich erst entfalten, wenn Wirtschaftsbeteiligte und Behörden gleichermaßen Vertrauen in digitale Lösungen entwickeln und die notwendigen technischen Infrastrukturen geschaffen werden. Bis dahin bleibt der internationale Handel leider weiterhin stark vom Papier abhängig.

Stephan Freismuth ist Partner bei der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und verantwortlich für das soeben veröffentlichte Whitepaper „Von Papier zu digital – die Transformation des globalen Handels“.

Es können auch Nachfragespitzen oder Engpässe in globalen Liefernetzen frühzeitig vorhergesagt werden, wodurch Unternehmen proaktiv auf Störungen reagieren können. Die DHL Group gehört zu den Unternehmen, die den Einsatz von Künstlicher Intelligenz seit vielen Jahren testen und sie inzwischen entlang zentraler operativer Prozesse einsetzt: von Bildverarbeitungslösungen in Lagerumgebungen über Robotik bis hin zu KI-basierten Agenten für operative Abläufe und kundennahe Prozesse.

„Netzwerkübergreifend zeigt sich ein klarer Nutzen: stabilere Prozesse, höhere Durchsatzleistung und deutlich verbesserte Planungsgenauigkeit“, erklärt Pressesprecher Daniel Pohl. KI sei heute ein zentraler Enabler für das Management komplexer, globaler Lieferketten und ein wesentlicher Baustein für deren Resilienz. „Die AI Deployments bei DHL zeigen messbare Effizienzgewinne, bessere Kostentransparenz und eine erhöhte Servicezuverlässigkeit.“ Dazu würden auch prädiktive Systeme beitragen, die konti-

nuiertlich globale Risikosignale auswerten, um so potenzielle Disruptionen zu erkennen, bevor sie operativ wirksam werden.

Entscheidend sind die Daten

Die Qualität der Ergebnisse hängt von der Qualität der Daten ab, mit denen die Systeme trainiert werden. „Ohne eine saubere Datenbasis bleibt auch die beste KI blind“, betont Sarah Baer vom Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik e.V. (BME). So scheitern viele KI-Projekte nicht an der Technologie selbst, sondern an unvollständigen oder inkonsistenten Daten. Werden ungenaue, irreführende oder nicht aktuelle Aussagen generiert, wird auch das Ergebnis verfälscht. Die Zuverlässigkeit und Objektivität des Outputs sollte nach Ansicht von Branchenexperten daher stets hinterfragt werden.

Entscheidend für den erfolgreichen Einsatz sind aus Sicht von Sarah Baer auch Governance und Kontrolle. „KI-gestützte Entscheidungen müssen nachvollzieh-

bar, auditierbar und ethisch vertretbar bleiben. Gerade im Außenhandel, wo Compliance- und Sorgfaltspflichten eine große Rolle spielen, ist das ein entscheidender Aspekt.“

Technologische Abhängigkeiten von wenigen Plattformen oder Modellen können aus ihrer Sicht ebenfalls langfristig problematisch werden. Unternehmen, die erste Erfahrungen sammeln wollen, empfiehlt DHL-Sprecher Pohl einen klar Use-Case-getriebenen Einstieg. „Unternehmen sollten sich zunächst auf konkrete operative Hebel konzentrieren, die schnell messbaren Mehrwert liefern – etwa Nachfrageprognosen, Bestandsoptimierung oder die Automatisierung administrativer Prozesse.“

Zudem könne es sinnvoll sein, auf etablierte Technologien und erfahrene Partner zurückzugreifen, statt alle Lösungen selbst zu entwickeln. „Erfolgreiche KI-Programme zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich konsequent an realen Effizienz- und Qualitätsgewinnen orientieren und parallel die internen Fähigkeiten Schritt für Schritt aufbauen.“



News inside: DZ BANK German Desk London

Wachstum im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr stärkt Londons Rolle im Corporate Banking

Der grenzüberschreitende Zahlungsverkehr ist in den vergangenen Monaten deutlich gewachsen – getrieben durch steigende Auslandsinvestitionen, zunehmende internationale Lieferketten, den Ausbau digitaler Zahlungsinfrastrukturen sowie eine wachsende Nachfrage nach Multi-Currency- und Treasury-Lösungen. Laut aktuellen Marktdaten legte das globale Volumen grenzüberschreitender Zahlungen zuletzt um rund 8 bis 10 % im Jahr 2026 zu, während FinTech-basierte Zahlungsanbieter sogar Wachstumsraten von über 20 % verzeichneten.

Besonders sichtbar wird diese Dynamik am Beispiel des britischen FinTech-Unternehmens Wise plc, das ein Wachstum von 26 % im grenzüberschreitenden Zahlungsvolumen auf rund 49,4 Milliarden Pfund meldet. Gleichzeitig steigt die Zahl der aktiven Kundinnen und Kunden deut-

lich – ein klarer Hinweis auf die zunehmende Nachfrage nach internationalen Zahlungs- und Treasury-Lösungen. Parallel dazu investieren weitere Zahlungsanbieter, darunter auch die DZ BANK London, verstärkt in Infrastruktur und Technologie, um internationale Transaktionen schneller und kostengünstiger abzuwickeln.

Auch die Bank of England erwartet, dass die Volumina im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr in den kommenden Jahren weiterwachsen – unterstützt durch globalisierte Lieferketten, steigende Auslandsinvestitionen und die zunehmende Internationalisierung von Unternehmen. Ein anschauliches Beispiel sind international tätige Industrieunternehmen mit Produktions- und Lieferketten in mehreren Währungsräumen. Sie benötigen zunehmend effiziente Zahlungsstruk-

turen, etwa zur Abwicklung von Lieferantenrechnungen in unterschiedlichen Währungen, zur Absicherung von Wechselkursrisiken oder zur Steuerung zentralisierter Liquidität über verschiedene Standorte hinweg. Der steigende Bedarf an solchen Lösungen unterstreicht die wachsende Bedeutung leistungsfähiger grenzüberschreitender Zahlungsinfrastrukturen – und stärkt damit Londons Rolle als zentralem Hub im internationalen Corporate Banking.

Kontakt

DZ BANK AG
German Desk London
 150 Cheapside
 London EC2V 6ET
 +4420 7776 6092
 germandesk.london@dzbank.de

EU wendet Mercosur-Abkommen ab 1. Mai an

Der Handelsteil des EU-Mercosur-Abkommens wird ab dem 1. Mai vorläufig angewendet. Dies gab die EU-Kommission bekannt. Zuvor hatten die Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay das Abkommen ratifiziert und die EU mit der Übermittlung einer Verbalnote die vorläufige Anwendung bestätigt.

Die Bundesregierung begrüßte die vorläufige Anwendung des Abkommens. So

könne die Wirtschaft auf beiden Seiten früher davon profitieren. EU-Handelskommissar Maroš Šefčovič bezeichnete die vorläufige Anwendung als einen „wichtigen Schritt, um unsere Glaubwürdigkeit als bedeutender Handelspartner unter Beweis zu stellen“.

Am 24. März hatte sich die EU zudem mit Australien auf ein Freihandelsabkommen und eine Sicherheitspartnerschaft geeinigt. Das Abkommen soll mehr als 99 %

der Zölle auf EU-Warenexporte nach Australien beseitigen. Die Vereinbarung sichere der EU auch den Zugang zu kritischen Rohstoffen, wurde in Brüssel betont. Australien ist ein bedeutender Produzent von Rohstoffen wie Aluminium, Lithium und Mangan.

Weitere Informationen:
<https://bit.ly/4syta0N>



E-Commerce: Zölle auf Kleinsendungen

Die EU führt einen Zollsatz von 3 Euro auf E-Commerce-Pakete mit einem Gesamtwert von weniger als 150 Euro ein. Der Zollsatz gilt ab 1. Juli 2026 bis zum 1. Juli 2028 pro Ware in einer Sendung. Grund dafür ist die steigende Anzahl von Kleinsendungen, die aus Drittländern direkt an Verbraucher in der EU versandt

werden. Die Regelung ist als befristete Übergangslösung vorgesehen.

Mit Inkrafttreten der EU-Zollreform soll eine Bearbeitungsgebühr für E-Commerce-Pakete eingeführt werden. Wenn die EU-Kommission jedoch feststellt, dass die zentrale IT-Infrastruktur bis zum 1. Juli 2028 nicht betriebsbereit sein wird,

können die Übergangsmaßnahmen verlängert werden.

Weitere Informationen:
<https://www.gtai.de>



Indien will Abfallwirtschaft modernisieren

Indien startet den langen Transformationsprozess hin zu einer modernen Kreislaufwirtschaft. Es gibt spezielle Anreizprogramme der Regierung. Dafür wurden die bisher gültigen „Solid Waste Management Rules“ von 2016 geschärft und Verantwortlichkeiten auf allen Ebenen definiert.

Zuständig für die Abfallbehandlung sind die kommunalen Verwaltungsbezirke der Städte und Gemeinden. Diese müssen die Sammlung, Trennung, Behandlung und Entsorgung des Siedlungsabfalls organisieren. Die Vorschriften zur Abfallwirtschaft verpflichten zudem Produzenten, Verantwortung für den

gesamten Lebenszyklus ihrer Produkte zu übernehmen. Im Rahmen der erweiterten Herstellerverantwortung (Extended Producer Responsibility; EPR) sind beispielsweise Produzenten von Plastikverpackungen und Elektronik dazu verpflichtet, Sammlungs- und Recycling-Systeme zu etablieren.

Damit eröffnen sich Geschäftschancen entlang der gesamten Wertschöpfungskette in der Kreislaufwirtschaft. Da die Abfallbehandlung bislang kaum automatisiert ist, wächst der Bedarf an Sortier- und Recyclinganlagen und auch an Lösungen mit künstlicher Intelligenz. Zudem sollen die Rest- und Sondermüll-

entsorgung ausgebaut und verbessert werden. Das alles dürfte für zusätzliches Wachstum in der Abfallwirtschaft sorgen.



Weitere Informationen:
<https://www.gtai.de>



Save The Date – 20. Exportkontrolltag des BAFA

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) wird in Zusammenarbeit mit dem Institut für Zoll- und Außenwirtschaftsrecht an der Universität Münster den diesjährigen 20. Exportkon-

trolltag am 18. und 19. Juni durchführen. Der Exportkontrolltag findet wieder in Präsenz in Berlin statt. Neben den Teilnehmern vor Ort können Interessierte die Veranstaltung auch online verfolgen.

Weitere Informationen:
www.bafa.de



Serie Praxiswissen Auslandsgeschäft

DocuSign-Dokumente: akkreditivkonform?

Im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung werden immer mehr DocuSign-Dokumente verwendet. Auch im Akkreditivgeschäft werden elektronisch signierte Dokumente mit dem Vermerk „docusigned“ vorgelegt. Wie ist damit umzugehen?

Die Pneu & Platten GmbH verkaufte einer schwedischen Importeurin Winterreifen zu einem Kaufpreis von 250.000,- EUR. Die Zahlung sollte mittels eines bestätigten Dokumentenakkreditivs auf der Basis der ERA 600 erfolgen. Das Akkreditiv verlangte die Vorlage einer Handelsrechnung in zwei Originalen, die von der Begünstigten unterzeichnet sein sollten.

Die vorgelegte Handelsrechnung war unter Verwendung elektronischer Authentifizierungsmittel per DocuSign erstellt worden, trug die Vermerke „DocuSigned by [Stempel mit dem Namen des Unternehmens]“ / „DocuSigned by [Untersigner]“ und war mit einem Schlüssel aus Zahlen und Buchstaben versehen. Die bestätigende Bank wies die Vorlage mit der Begründung zurück, dass die Angaben in dem Dokument es ihr nicht ermöglichten, festzustellen, ob diese Angaben eine elektronische Authentifizierungsmethode darstellten.

Voraussetzungen elektronischer Authentifizierungsverfahren

Was sagen die Einheitlichen Richtlinien und Gebräuche für Dokumentenakkreditive (ERA 600) hierzu? Nach Artikel 3 ERA 600 kann ein Dokument u. a. handschriftlich oder durch irgendeine andere mechanische oder elektronische Authentifizierungsmethode unterzeichnet sein. Um den neuen technischen Entwicklungen Rechnung zu tragen, besteht die Möglichkeit, dass die Authenti-

sierung auch elektronisch erfolgen kann. Diese stellt den Nachweis einer Person dar, dass sie tatsächlich diejenige Person ist, die sie vorgibt zu sein. Eine Person erbringt also den Nachweis, der dazu dienen soll, ihre Identität zu bestätigen. Dies wird in den International Standard Banking Practice (ISBP 821), einem Regelwerk der Internationalen Handelskammer (ICC) zur Auslegung der ERA 600, weiter konkretisiert, indem dort in Paragraph A35 (a) festgelegt wird, dass ein Dokument mit einem elektronischen Authentifizierungsverfahren unterzeichnet werden kann.

Wir setzen unsere Serie mit neuen Folgen fort!

Paragraph A35 (c) der ISBP 821 besagt, dass eine Erklärung auf einem Dokument, dass ein Dokument elektronisch authentifiziert wurde bzw. es mit elektronischen Mitteln erstellt worden ist und keine Unterschrift erfordert oder ähnliche Formulierungen für sich genommen keine elektronische Authentifizierungsmethode im Sinne der Unterschriftenanforderungen gemäß Artikel 3 ERA 600 darstellen. Darüber hinaus heißt es in Paragraph A35 (d) der ISBP 821, dass eine Erklärung auf einem Dokument, aus der hervorgeht, dass die Authentifizierung durch einen bestimmten Verweis auf eine Webseite (URL) überprüft oder erlangt werden kann, eine Form der elektronischen Authentifizierungsmethode gemäß den Signaturanforderungen nach Artikel 3 ERA 600 darstellt.

Aufnahmefähigkeit von DocuSign-Dokumenten

DocuSign bietet als cloudbasiertes Softwaretool die Möglichkeit, Dokumente digital bereitzustellen, diese per elektronischer Signatur unterzeichnen zu lassen und die Vereinbarungen zu archivieren.

Die Rechnung wurde in dem Ausgangsfall mit „DocuSigned“ signiert. Das Vorhandensein sowohl eines Stempels als auch eines Signaturschlüssels zeigt, dass die Unterschrift auf dem Dokument auf den ersten Blick eine elektronische Authentifizierungsmethode darstellt. Der Vermerk „DocuSigned“ bezieht sich eindeutig auf ein System oder einen Verifizierungsmechanismus.

Auf welche Vorschriften kommt es denn nun an? Paragraph A35 (d) der ISBP 821 sei – so die ICC in einem vergleichbaren Fall – nicht relevant, da die Rechnung keine Erklärung enthalte, dass die Authentifizierung über eine URL überprüft oder erhalten werden muss. Sie wurde gemäß ERA 600 unterzeichnet. Die Zurückweisungsmitteilung wurde in dem betreffenden Fall nicht gemäß Artikel 16 ERA 600 ausgestellt. Eine Ablehnung auf der Grundlage von ISBP 821 sei nicht ausreichend; eine solche Mitteilung müsse gemäß Artikel 16 (c) (ii) ERA 600 ausgestellt werden, wobei jede Unstimmigkeit allein auf der Grundlage der ERA 600 anzugeben ist.

Fazit: Das Dokument war insofern konform, als es eine elektronische Authentifizierungsmethode nachwies. Die Zurückweisung der Präsentation war nicht gerechtfertigt. „DocuSigned“ Dokumente sind grundsätzlich als elektronisch signierte Dokumente im Sinne der ERA 600 bei Akkreditivdokumenten anerkannt.

Autor

Klaus Vorpeil ist Rechtsanwalt bei Neussel KPA Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB Kaufmannshof 1 55120 Mainz Tel.: 06131 62 60 80 Vorpeil@neusselkpa.de www.neusselkpa.de



Nutzen Sie die App „VR International“:

Zu vielen Fachbegriffen – zum Beispiel Akkreditiv, Inkasso, Garantien und Währungsabsicherung – gibt es informative Erklärvideos.



Oman

Alles nur Wüste? Wer sich mit dem Oman beschäftigt, darf dieses Vorurteil gleich wieder über Bord werfen: Karge Sandwüsten gibt es hier sicher auch, aber sie machen nur einen Teil der Fläche des Landes an der Südspitze der arabischen Halbinsel aus. Mit etwas mehr als 300.000 Quadratkilometern ist das Sultanat an der Südspitze der arabischen Halbinsel fast so groß wie Deutschland – und es erstreckt sich immerhin über zehn Klimazonen von subtropisch-feucht an der Küste bis alpin-kühl in den Bergen. Wilde Gebirgslandschaften mit bis zu 3.000 Meter hohen Gipfeln, Oasen, aber auch grüne Palmenwälder, geradezu norwegisch anmutende Fjorde und mehr als 3.000 Kilometer Küste mit oft leeren, weißen Sandstränden am Indischen Ozean und am Golf von Oman prägen das Land, das an Jemen, Saudi-Arabien sowie die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) grenzt.

Das politische und wirtschaftliche Herz ist die Hauptstadtregion Muscat (Maskat Capital Area) mit 1,7 Millionen Einwohnern. Fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung lebt hier. Rund 40 % der 5,2 Millionen Bewohner des Omans sind übrigens Expatriats, meist aus Indien, Bangladesch und Pakistan, die im Bau, Handel und Fertigung tätig sind. Weitere wichtige Städte sind der Industriehafen Sohar mit 400.000 Einwohnern, der Südhafen Salala mit 600.000 Bewohnern inklusive Umland sowie Nizwa als kulturelles Zentrum.



Politische Lage

Der Oman ist eine absolute Erb-Monarchie, deren aktueller Herrscher Sultan Haitham die Posten des Staatschefs, Re-

gierungschefs und Ministerpräsidenten in Personalunion besetzt. Dazu existiert der Oman Council, ein zweikammeriges Parlament mit dem vom Sultan ernannten Staatsrat (Majlis al-Dawla) mit etwas mehr als 80 Mitgliedern, die alle für vier Jahre vom Sultan ernannt werden und vor allem aus ehemaligen Spitzenvertretern von Verwaltung, Justiz, Militär, Wirtschaft und Kultur rekrutiert werden, sowie der vom Volk alle vier Jahre gewählten Beratenden Versammlung (Majlis al-Shura), die beide nur beratende Funktionen haben. Politische Parteien sind im Oman untersagt, Gesetze werden als königliche Dekrete erlassen.



Die Wirtschaft des Oman ist stark vom Öl- und Gassektor geprägt, der etwa 37 % des BIP (2023) und 65 % der Ausfuhren ausmacht. Im Bild der Hauptsitz der staatlichen Oman Oil Company (OQ).

Die fünf größten Geschäftsbanken

- Bank Muscat
- Bank Dhofar
- National Bank of Oman
- Oman Arab Bank
- Bank Sohar

Quelle: DZ BANK

Nach eigenen Angaben zielt man jedoch darauf ab, langfristig weitere demokratische Strukturen zu legen. Außenpolitisch verfolgt der Oman eine relativ neutrale Politik des Ausgleichs und des Dialogs und unterhält gute Beziehungen zum Westen, aber auch zu China, Indien und – im Moment sehr wichtig – zum Iran. Das Sultanat ist nicht in militärischen Auseinandersetzungen der Region verwickelt und unter anderem Mitglied des Golfkooperationsrats sowie der Arabischen Liga.

Erwähnenswert ist auch, dass der Oman trotz seiner absolutistischen Ausrichtung und einem traditionell-islamischen Lebensbild die Gleichberechtigung der Frauen gesetzlich festgelegt hat. Auch im Alltag sowie im Berufsleben spielen Frauen durchaus eine große Rolle. Problematisch ist jedoch die Situation auf dem Arbeitsmarkt für die jungen Omanis: Immerhin ein Viertel der Bevölkerung ist unter 15 Jahre alt, und unter den unter 20-Jährigen beträgt die Arbeitslosigkeit rund 25 %.

Dank der strategisch günstigen Lage ist der Oman seit Jahrhunderten ein wichtiger Handelsort: Hier begann einst die legendäre Weihrauchstraße, die den Oman mit Damaskus und dem Mittelmeer verband und letztlich orientalischen Luxus bis nach Europa brachte. Diese Weltoffenheit hat sich bis heute gehalten, denn der ibaditisch-islamische Oman ist für seine vergleichsweise undogmatische Haltung in religiösen Fragen bekannt: Frauen sind per Gesetz gleichberechtigt und es gibt kein Schleiergebot, andere Religionen sind erlaubt.

Die Balance zwischen Tradition und Fortschritt ist also gar nicht so neu – und genau darauf ist man stolz im Oman, genauso wie auf eine lange Geschichte. Nach etlichen Jahrhunderten des Kalifats eroberte Portugal ab 1507 Muskat und die Küste, der Besatzer wurde aber 1650 von der Yaruba-Dynastie vertrieben, die den Oman zur Seemacht machte und Teile Ostafrikas kontrollierte. Die Dynastie expandierte durch Sklaven- und Gewürzhandel. 1749 gründete Ahmad ibn Said die bis heute regierende Al Bu Said-Dynastie nach Abwehr persischer Invasionen. Ein echter Game Changer war 1967 der erste Ölfund – seither ist die Staatskasse im Oman gut gefüllt und der Lebensstandard dementsprechend hoch. Dies nicht zuletzt, weil Sultan Qabus 1970 in einem friedlichen Staatstreik die Macht übernahm und in

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

(in Prozent)

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (real)	Inflationsrate (Jahresdurchschnitt)	Haushaltssaldo (BIP)
2023	1,2	1,0	6,7
2024	1,7	0,6	3,3
2025p	2,9	0,9	0,4
2026p	4,0	1,5	1,0

p = Prognose

Quellen: Germany Trade & Invest, AHK, Weltbank, Wirtschaftskammer Österreich

Entwicklungen in der Außenwirtschaft

(in Mio. USD)

Jahr	Leistungsbilanzsaldo	Direktinvestitionen (netto)	Währungsreserven (ohne Gold)
2022	k.A.	5.480	17.600
2023	2.430	4.745	17.300
2024p	3.000	8.685	17.800
2025p	-1.100	k.A.	18.200

p = Prognose

Quellen: Germany Trade & Invest, Internationaler Währungsfonds, Wirtschaftskammer Österreich

seiner Herrschaft (1970–2020) Infrastruktur und Bildung aufbaute, um so das bis dato eher isolierte Land zu modernisieren. Dies übrigens durchaus erfolgreich: Im Human Development Index (HDI) belegt der Oman mit einem Wert von 0,85 den 50. Rang weltweit.

Wirtschaftsstruktur

Bis Ende der 1960er Jahre war der Oman ein eher armes Land mit den Hauptwirtschaftszweigen Landwirtschaft und Fischerei. Dies änderte sich schlagartig

mit der Entdeckung von Öl und später auch Erdgas im Jahr 1967. Die Jahre als Ölmonokultur sind freilich mittlerweile vorbei: Längst hat die Regierung die Diversifizierung im Blick, so dass heute rund 43 % des Bruttoinlandsprodukts im Dienstleistungssektor, vor allem im Tourismus, im Logistik- und im Finanzsektor erwirtschaftet werden. Mit rund 45 % des BIP bleibt die Industrie, vor allem die Petrochemie und Raffinerien, jedoch weiterhin ein Grundpfeiler der Wirtschaft – nicht zuletzt, weil Öl und Gas rund 65 % der Exporte ausmachen.



Der Hauptsitz der Behörde für die Sonderwirtschaftszone Duqm (SEZAD), deren Aufgabe es ist, wirtschaftliche Aktivitäten in der an der Küste des Arabischen Meeres gelegenen Hafenstadt zu fördern.

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit dem Oman
(in Mio. EUR)

Jahr	Deutsche Ausfuhr	Deutsche Einfuhr	Saldo
2021	612	153	459
2022	756	64	692
2023	771	572	199
2024	851	144	707

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Germany Trade & Invest

Mit 2 % des BIP spielen Landwirtschaft und Fischerei nur noch eine untergeordnete Rolle, obwohl rund ein Zwölftel der Arbeitskräfte hier beschäftigt sind. Circa 80 % der Lebensmittel werden mittlerweile aus dem Ausland importiert.

Neben den Öl- und Gas-Vorkommen besitzt der Oman auch bedeutende Kupfer- und andere Mineralienvorkommen. Viel Potenzial sehen Experten allerdings mittel- und langfristig in der grünen Wasserstoffproduktion: Laut Germany Trade and Invest (GTAI) will der Oman gemäß seiner Wasserstoffstrategie bis 2030 eine Produktionskapazität von jährlich 1 Million bis 1,25 Millionen Tonnen grünem Wasserstoff aufbauen und diese bis 2040 auf 3,5 Millionen bis 3,75 Millionen Tonnen und bis 2050 auf 7,5 Millionen bis 8,5 Millionen Tonnen steigern. Dazu sollen insgesamt 35 Milliarden US-Dollar investiert werden.

Auch für das eigene Stromnetz gibt es grüne Ziele: So soll laut staatlichem Plan ab 2023 der Anteil der erneuerbaren Energien an der Versorgung des nationalen Stromnetzes von 4 auf 31 % im Jahr 2029 steigen, wobei der Schwerpunkt auf der Solarenergie liegt.

Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik

Wie erwähnt hat sich der Oman von der Öl-Monokultur verabschiedet. Generell gilt aber auch: Die Diversifizierung der Wirtschaft soll nicht mit einer Verringerung der Fördermenge (derzeit rund 650.000 Barrel Rohöl) einhergehen, sondern sogar mit einer moderaten Steigerung auf 800.000 Barrel.

Grundstein der Wirtschaftspolitik ist die Vision 2040 aus dem Jahr 2021. Dieses Reform- und Entwicklungsprogramm soll nicht nur das BIP pro Kopf bis zum Jahr 2040 verdoppeln, sondern zielt auch auf eine nachhaltige Diversifizierung der Wirtschaft, eine modernisierte Verwaltung,

eine leistungsfähige Infrastruktur, eine zukunftsorientierte Bildung und eine stärkere internationale Vernetzung ab. Weitere Kernziele sind der Ausbau von Tourismus, Logistik, Fertigung und Industrie, die Stärkung eines wettbewerbsfähigen, privaten Sektors und die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze.

Parallel strebt das Sultanat mehr Bildungschancen, qualitative Verbesserungen im Gesundheitswesen, einen nachhaltigen Umgang mit Umwelt und Ressourcen sowie eine transparentere, effizientere Staatsführung mit klarerer Ver-

lange als nicht besonders wichtig galt, nun aber durch den Iran-Krieg seit März 2026 eine ganz neue Bedeutung bekommen hat. Und das sind nicht die einzigen Logistik-Projekte. Besonders wichtig ist der omanischen Führung auch die geplante 300 km lange Zugverbindung von Sohar in die VAE (die erste des Landes!), für die die Bauaufträge bereits vergeben sind.

Der Oman wird damit Teil eines mehr als 2.000 Kilometer langen Schienennetzes, das Saudi-Arabien, die VAE, Oman, Kuwait, Katar und Bahrain verbindet und den Personen- und Güterverkehr spürbar beschleunigen soll. Die Fertigstellung ist derzeit für 2030 geplant. Nicht zuletzt sollen bis 2040 auch rund 31 Milliarden US-Dollar in den Ausbau des internationalen Tourismus fließen.

Die Ergebnisse bisher sind positiv: Niedrige Inflation (derzeit 1,5 %) und stetes Wirtschaftswachstum, wenn auch im einstelligen Bereich, und auch eine gute Bilanz bei den Direktinvestitionen, die für 2025/2026 auf rund 10 bis 12 Milliarden

Dos and Don'ts Oman

- ▶ Geschäftstermine beginnen oft mit Smalltalk. Es ist wichtig, Zeit für den Aufbau einer persönlichen Beziehung einzuplanen, bevor es um Verträge geht.
- ▶ Entscheidungen werden in der Regel von der obersten Führungsebene getroffen und können Zeit in Anspruch nehmen.
- ▶ Der Austausch von Visitenkarten erfolgt höflich, oft mit beiden Händen oder der rechten Hand.
- ▶ Während des Fastenmonats gelten reduzierte Arbeitszeiten (meist 6 Stunden/Tag für muslimische Mitarbeiter).
- ▶ Das Wochenende ist typischerweise Freitag und Samstag.

antwortung, besseren Dienstleistungen und einer stärkeren Einbindung der Zivilgesellschaft an. Diverse Mega-Projekte sollen bei der Umsetzung der Vision 2040 helfen wie der weitere Ausbau der 2011 eröffneten Duqm-Sonderwirtschaftszone (SEZAD) unter der Ägide der Port of Duqm Company, einem 50/50-Joint-Venture der omanischen Regierung mit dem Consortium Antwerp Port.

Unter anderem soll die Kapazität des Tiefseehafens auf 3,5 Millionen TEU erweitert werden. Dazu gibt es diverse Pläne für Hafenerweiterungen in Salala und Sohar. Sie alle haben einen Vorteil gemein: Anders als die Häfen im Persischen Golf wären sie von Behinderungen des Schiffsverkehrs in der Straße von Hormus nicht betroffen – ein Vorteil, der

den Euro steigen sollen. Zudem stiegen 2025 die Exporte um 14 % auf 850 Millionen Euro. Auch im Tourismus darf man mit rund 4 Millionen internationalen Besuchern zufrieden sein.

Außenhandel mit Deutschland und der Welt

Der Oman pflegt mit Europa und Deutschland zunehmend enge Außenhandelsbeziehungen. Der Handel mit den europäischen Ländern erreichte bis Ende Mai 2024 rund 1,96 Milliarden Euro, ein Plus von etwa 9,5 % gegenüber 2023. Die deutschen Exporte nach Oman lagen 2024 bei rund 850 Millionen Euro, 2025 bis August bei rund 615 Millionen Euro.

Maßgeblich gefragt sind Maschinen, Fahrzeugkomponenten und elektrotechnische Erzeugnisse, die in der omanischen Infrastruktur sowie Industrie- und Logistikprojekten eingesetzt werden. Deutschland liegt dabei deutlich im Import-Übergewicht, profitiert aber als wichtiger Lieferant von Hochwerttechnologie, insbesondere im nichtölbezogenen Sektor.

Rund 200 deutsche Unternehmen sind im Oman aktiv, und Beispiele für deutsch-omanische Kooperationen gibt es zuhauf: Der Dortmunder Hersteller von Elektrolyseuren thyssenkrupp nucera unterzeichnete 2024 mit Hydrom ein Memorandum of Understanding zur Unterstützung von grünen Wasserstoffprojekten im Sultanat. Zudem arbeitet ein deutsches Konsortium um VNG AG an der gesamten Wertschöpfungskette für grünen Wasserstoff, wobei der Oman als potenzieller Lieferant und Markt im Fokus steht.

Deutsche Unternehmen der Wasserwirtschaft beteiligen sich über Förderprojekte und Markterkundungsreisen an den massiven Ausbauprojekten der omanischen Wasser- und Abwasserinfrastruktur, etwa mit Membran-, Pump- und

Filtersystemen. Parallel stärken Logistik- und Speditionsunternehmen die Verbindungen über die Special Economic Zone Duqm und europäische Häfen, wodurch Deutschland als wichtiger Technologie- und Handelspartner im Golf-Durchgangsland weiter gewinnt. Anfang April trafen dann auch die ersten LNG-Lieferungen aus dem Oman seit dem Ausbruch des Iran-Kriegs in Deutschland ein.

Aussichten

Omans Zukunft erscheint eigentlich vielversprechend: Mit einem erwarteten Wirtschaftswachstum von rund 4 % im Jahr 2026 liegt das Sultanat im regionalen Spitzenfeld. Die Strategie der Diversifizierung – weg von der Abhängigkeit von Öl-Einnahmen hin zu Industrie, Logistik und Tourismus – reduziert politische und ökonomische Risiken. Die geplante Rolle als Hub für erneuerbare Energien und Wasserstoff gewinnt an Bedeutung und lockt ausländische Investitionen, ebenso wie die stabile Innenpolitik und die langjährig verfolgte Neutralität im Ausland. Diese Position stärkt Omans Rolle als Logistik- und Handels-

Hauptimportgüter des Oman

(in Prozent der Gesamteinfuhr 2024)

Petrochemie	49,1
Eisen und Stahl	11,3
Chemische Erzeugnisse	9,2
NE-Metalle	8,4
Maschinen	2,5

Quelle: Germany Trade & Invest

drehscheibe zwischen Indien und dem Mittleren Osten. Herausforderungen bleiben die hohe Jugendarbeitslosigkeit, Wassermangel durch Klimawandel und demografischer Druck, während die geopolitische Lage in der Region – etwa der Iran-Krieg und die Bedrohung durch jemenitische Rebellen – weiterhin Unsicherheiten birgt.

Positiv wirken hohe Auslandsinvestitionen, ein dynamischer Tourismusmarkt mit bisher zweistelligen Zuwachsraten sowie die enge Kooperation im Golfkooperationsrat. Langfristig bleibt der Oman für Europa und Deutschland ein attraktiver Partner, vor allem im Bereich der Energie-Transition und der grünen Industriepolitik.

Eckdaten für den Export nach Oman

Bevölkerung:

5,5 Millionen

Hauptstadt:

Maskat

Währungseinheit:

Rial Omani

1 R.O. = 1.000 Baisa

Wichtige Feiertage:

19.-23. März

Eid al-Fitr

27.-30. Mai

Eid al-Adha

18. Juni

Muharram

27. August

Mawlid an-Nabi

25.-26. November

Nationalfeiertag

Internationale Flughäfen:

Maskat, Salalah, Sohar

Korrespondenzsprachen:

Arabisch, Englisch

Zolltarif (für Nicht-EU-Waren):

Der Oman erhebt als Teil der GCC-Zollunion einen Standardsollsatz von 5 % auf den CIF-Wert (Kosten, Versicherung, Fracht) der meisten Importgüter. Seit dem 1. Januar 2025 ist ein 12-stelliger Zolltarif für Importe in die GCC-Region verpflichtend. Zudem gilt im Oman eine Mehrwertsteuer (VAT) von 5 %.

Der Import von Waren kann nur von einem in Oman registrierten Unternehmen durchgeführt werden. Für die Zollanmeldung sind vom Exporteur grundsätzlich folgende Papiere bereitzustellen: legalisierte Handelsrechnung, legalisiertes nichtpräferenzielles Ursprungszeugnis, Frachtpapiere.

Sowohl die Handelsrechnung als auch das Ursprungszeugnis müssen eine Erklärung über den Hersteller und das Ursprungsland enthalten.

Euler Hermes Länder-Klassifizierung:

3 von 7

Es bestehen keine formellen Deckungseinschränkungen.

Nützliche Adressen

Botschaft des Oman in Deutschland

Karl-Marx-Straße 5

14482 Potsdam

Tel.: +49 (0) 331 743-0000

potsdam@mofa.gov.om

oman.diplo.de

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland im Oman

Diplomatic City, Airport Heights

Muscat

Tel.: +968 (0) 2467-3800

info@maskat.diplo.de

maskat.diplo.de

Deutsch-Omanische Industrie- und Handelskammer

Jahrweg 11

22085 Hamburg

Tel.: +49 (0) 40 6090-940

info@ghorfa.de

Aktuelle Länderinformation und einen Euro-Umrechner finden Sie in der App „VR International“, die Sie kostenlos in den App Stores (Android und iOS) herunterladen können.

„Exportmärkte sortieren sich neu“

Geopolitische Spannungen und Handelskonflikte prägen zunehmend Handelsströme, Investitionen und internationale Kooperationen. Diversifizierung ist längst keine Option mehr, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit. In dieser sich rasant verändernden Welt sichere Absatzmärkte zu finden, wird gerade für den Mittelstand immer herausfordernder. Darauf zu hoffen, dass alles wieder so wird wie früher, hält Dr. Alexander Börsch, Chefvolkswirt Deloitte Deutschland, allerdings für falsch. Dass es aber Chancen gibt, erklärt er im Gespräch mit VR International.

VR International: Wie schauen Sie zurzeit auf die globale Wirtschaft?

Dr. Alexander Börsch: Wir sehen eine strukturelle Neuordnung der Globalisierung. Geopolitische Spannungen belasten zunehmend Handel und Investitionen, während die wirtschaftliche Integration immer häufiger der geopolitischen Orientierung von Ländern folgt. Dadurch entstehen neue Allianzen und grundlegende Verschiebungen von Investitions- und Handelsströmen. Diese Neuausrichtung markiert einen strukturellen Bruch mit der Entwicklung der Globalisierung der vergangenen Jahrzehnte. Unser „Geoeconomic Dynamics Index 2026“ zeigt, dass angeführt von China Länder des Globalen Südens – darunter befinden sich Indien, Saudi-Arabien, Vietnam und auch die Vereinigten Arabischen Emirate – ihre wirtschaftlichen und geopolitischen Verbindungen untereinander deutlich stärken. Dagegen verlieren viele westliche Volkswirtschaften an Integrationsdynamik. Treiber dieser Entwicklung sind steigende Zölle und eine sinkende geopolitische Übereinstimmung sowie eine wachsende Zahl an Sanktionen und eine Desintegration von China. Die Globalisierung verläuft damit nicht mehr einheitlich, sondern fragmentiert. Die Phase einer wachsenden Globalisierung, getrieben durch den Westen, ist zumindest vorerst beendet.

VR International: Welche Folgen hat das für Europa und speziell für Deutschland?

Dr. Alexander Börsch: Als offenste und exportabhängigste unter den großen Wirtschaftsregionen ist Europa besonders anfällig für eine geökonomische Fragmentierung. Aufgrund geopolitischer Veränderungen wird der Handel mit den beiden einst wichtigsten Märkten China und den USA immer schwieriger, die Exporte sind inzwischen rückläufig. Positiv ist allerdings, dass von der EU in den letzten Monaten wichtige Freihandelsabkommen auf den Weg gebracht wurden: zuerst mit Mercosur, dann mit Indien. Die Abkommen

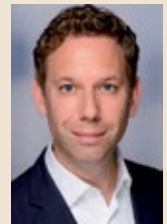
mit Indonesien und Australien stehen kurz davor, in Kraft zu treten. Welche Bedeutung neue Handelspartner haben, wird am Beispiel von China deutlich. Nach der Erhebung der US-Zölle haben die Unternehmen viel mehr nach Afrika, Lateinamerika und in die ASEAN-Region exportiert und erzielten so im vergangenen Jahr beim Außenhandelsüberschuss einen Rekordwert von knapp 1,2 Billionen US-Dollar. Aufgrund neuer Handelspartner konnten die Verluste aus dem US-Handel überkompensiert werden. Das macht sehr deutlich, dass Diversifizierung keine Option ist, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Unternehmen müssen Kapital, Lieferketten und Marktstrategien systematisch und nach geökonomischen Gesichtspunkten neu ausrichten.

VR International: Das ist gerade für den Mittelstand eine große Herausforderung.

Dr. Alexander Börsch: Das stimmt, einfacher wird es im Außenhandel nicht mehr. Es gibt zwar Unternehmen, die hoffen, dass in ein paar Jahren alles wieder wie früher wird, vor allem mit Blick auf den Handel mit den USA. Schaut man sich die Wirtschaftsgeschichte an, bin ich jedoch nicht davon überzeugt, dass die eingeführten Zölle in naher Zukunft wieder zurückgenommen werden. Zölle sind politisch schwer wieder abzubauen, wenn sie einmal in Kraft getreten sind. Hinzu kommt, dass die aktuellen geo- und wirtschaftspolitischen Verschiebungen die Märkte sehr stark verändern. Ich würde den Unternehmen empfehlen, in Szenarien zu denken, wie man sich nach vorn entwickeln kann, wo neue Märkte liegen und wie dort ein Markteintritt gelingt. Dabei können sich Unternehmen an Freihandelsabkommen orientieren. Schauen Sie sich zum Beispiel Indien an: Es ist das am stärksten wachsende Land unter den G20 und somit ein Markt mit vielen Chancen. Damit der Markteintritt gelingt, müssen sich Unternehmen intensiv mit dem Land beschäftigen. Darauf, dass das Geschäft so

Interview mit ...

Dr. Alexander Börsch
Chefvolkswirt und
Leiter Research
Deloitte Deutschland



aboersch@deloitte.de

funktioniert wie in den bisherigen Märkten, kann man sich nicht verlassen.

VR International: Nimmt damit die Bedeutung des innereuropäischen Handels zu?

Dr. Alexander Börsch: Wenn es komplizierter wird, weltweit zu handeln, macht es Sinn, sich in Europa resilienter aufzustellen. Die Geopolitik wird nicht wieder in die 2010er Jahre zurückfinden. Ich rechne damit, dass wir es weiterhin mit Konflikten und Spannungen zu tun haben. Wir können uns daher nicht mehr allein auf den außereuropäischen Handel verlassen und müssen vielmehr schauen, wo wir die Wachstumskräfte innerhalb Europas stärken können. Das Problem ist, dass der Binnenmarkt auch nach 30 Jahren immer noch weit davon entfernt ist, vollendet und damit harmonisiert zu sein. Die Konsequenzen hat eine Studie des Internationalen Währungsfonds deutlich aufgezeigt. Die Autoren haben sich die nicht-tarifären Handelshemmnisse für Industriegüter und Dienstleistungen angeschaut und festgestellt, dass diese die Handelskosten für die Industrie im Durchschnitt um bis zu 44 % und für Dienstleistungen sogar um durchschnittlich 110 % erhöhen. Nach unseren Berechnungen könnte allein der Abbau dieser nicht-tarifären Handelshemmnisse um die Hälfte der deutschen Industrie bis zum Jahr 2035 ein Exportwachstum von etwa 3 % anstatt 1,9 % in Europa pro Jahr bescheren. Bei einer vollständigen Harmonisierung würde dies sogar auf fast 4 % pro Jahr steigen. Daran wird deutlich, dass das Potenzial, das im EU-Binnenmarkt schlummert, sehr groß ist.

Was macht eigentlich ... die IEA?

Die Ölkrise in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ist fast über Nacht in das Gedächtnis der Politiker zurückgekehrt. Der von den USA und Israel gestartete Angriff auf den Iran hat den Schrecken aus dem vergangenen Jahrhundert wieder aufleben lassen. Damals, als es noch Telefone mit Wählscheibe gab und der Liter Benzin etwa 50 Pfennig kostete, wurde die Krise primär durch ein Ölembargo der arabischen OPEC-Staaten als Reaktion auf den Jom-Kippur-Krieg ausgelöst. Drosselungen der Fördermenge und Lieferstopps an westliche Länder führten zu einer Vervierfachung des Ölpreises. Die Folge war eine massive Energie- und Wirtschaftskrise, die die Industriestaaten völlig unvorbereitet traf. Das war der Startschuss für die Gründung der **Internationalen Energieagentur (IEA)**.

Die Organisation unterstützt seitdem mit koordinierten Maßnahmen die Sicherung der Ölversorgung. Das ist bis heute geblieben. Doch der einstige „Öl-Club“ der Industriestaaten hat sich immer mehr zu einer umfassenden Instanz für die globale Energiewende und einem Fürsprecher für Nachhaltigkeit entwickelt. Zu den Kernaufgaben gehören konkrete Handlungsempfehlungen an Regierungen in Energiefragen, um diese zu einer nachhaltigen, umwelt- und klimaverträglichen Ener-

gieversorgung zu motivieren. So veröffentlichte die IEA 2021 die Roadmap „Net Zero by 2050“, die detailliert beschreibt, wie Staaten ihre CO₂-Emissionen senken können, ohne die Energieversorgung zu gefährden.

Somit trägt die IEA wesentlich dazu bei, den Übergang zu einem nachhaltigeren Energiesystem zu gestalten. Erklärtes Ziel der Arbeit innerhalb der IEA ist es, zuverlässige, erschwingliche und saubere Energie für alle Menschen in ihren Mitgliedstaaten zu gewährleisten.

Sicherung der Energieversorgung

Ein Element, um die Energiepreise zu stabilisieren, sind die Notfallreserven. Daher sind die Mitgliedsländer verpflichtet, Ölreserven für mindestens 90 Tage vorzuhalten, deren Einsatz die IEA im Krisenfall steuert. In ihrer 50-jährigen Geschichte wurde fünfmal auf dieses Mittel zurückgegriffen. Im Golfkrieg 1990/91, nach den von den Hurrikans „Katrina“ und „Rita“ 2005 angerichteten Schäden in den USA, beim Ausfall libyscher Ölexporte im Jahr 2011 und zuletzt 2022 zweimal infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Im März hat die IEA angesichts der massiven Störungen der globalen Ölversor-

gung durch den Konflikt im Nahen Osten mit 400 Millionen Barrel die größte Freigabe von Notfallreserven in ihrer Geschichte eingeleitet. Zum Vergleich: Nach der russischen Invasion waren es nur 182 Millionen Barrel. Während der zwei aufeinanderfolgenden Ölkrisen in den 1970er Jahren habe die Welt „jeweils etwa fünf Millionen Barrel Erdöl pro Tag verloren“, sagte IEA-Chef Fatih Birol kürzlich bei einer TV-Debatte im australischen Sydney. „Bis heute haben wir elf Millionen Barrel pro Tag verloren, also mehr als zwei große Ölschocks zusammengenommen.“ Diesmal seien es „zwei Ölkrisen und ein Gaskollaps in einem“.

World Energy Outlook (WEO)

Er ist die maßgebliche Quelle für globale Energieanalysen und -prognosen und das Flaggschiff der IEA. Jährlich werden die neuesten Energiedaten, Technologie- und Markttrends analysiert und mit der politischen Agenda der Staaten verknüpft, um so verschiedene Energiezukunftszenarien und deren Auswirkungen auf Energiesicherheit, Zugang und Emissionen darzustellen. Diese Analysen dienen Politikern, um Entscheidungen über Investitionen, Klimaziele oder die Energieinfrastruktur zu treffen.



Zu den Trends zählt die IEA im WEO den weltweit steigenden Bedarf an Energiedienstleistungen in den kommenden Jahrzehnten. Ihrer Analyse zufolge werden insbesondere eine Gruppe von Schwellenländern – angeführt von Indien und ergänzt durch Länder im Nahen Osten, Afrika und Lateinamerika – die Dynamik der Energiemärkte in den kommenden Jahren prägen. „Wenn wir die Geschichte der Energiewelt der letzten Jahrzehnte betrachten, gab es noch nie eine Zeit, in der die Spannungen um die Energiesicherheit so viele Energieträger und Technologien gleichzeitig betrafen – eine Situation, die denselben Geist und dieselbe Zielstrebigkeit erfordert, die Regierungen bei der Gründung der IEA nach der Ölkrise von 1973 an den Tag legten“, sagte IEA-Exekutivdirektor Fatih Birol.

Die Analysen im World Energy Outlook heben seit vielen Jahren die wachsende Bedeutung von Elektrizität für die Weltwirtschaft hervor. Anders als im vergangenen Jahrzehnt beschränkt sich der Anstieg des Stromverbrauchs nicht mehr nur auf Schwellen- und Entwicklungsländer. „Das rasante Nachfragewachstum durch Rechenzentren und KI treibt den Stromverbrauch auch in Industrieländern in die Höhe“, so Birol. Die Investitionen in diesem Bereich dürften 2025 demnach rund 580 Milliarden Dollar erreichen und damit erstmals die 540 Milliarden Dollar übersteigen, die im selben Jahr in die weltweite Ölförderung fließen. Entscheidend für die Energiesicherheit sei, wie schnell unter anderem neue Netze und Speicher eingerichtet werden. Derzeit sind einige dieser Bereiche laut IEA im Rückstand.

Studie: Das weltweite Comeback der Atomenergie

Laut einer IEA-Studie ist das weltweite Interesse an Atomstrom so stark wie seit der Ölkrise in den 1970er Jahren nicht mehr. Derzeit wollen mehr als 40 Länder weltweit die Kernkraft ausbauen, um den steigenden Bedarf an Elektrizität zu decken. Dies ist laut der Organisation nicht nur auf den erhöhten Bedarf klassischer Sektoren wie der Industrie, sondern auch auf die verstärkte Nachfrage in Bereichen wie Elektroautos, Datenzentren und der Nutzung Künstlicher Intelligenz zurückzuführen, die allesamt erhebliche Mengen an Strom benötigen.

In Japan werde die Produktion wieder aufgenommen, Frankreich habe Wartungsarbeiten an seinen Anlagen abgeschlossen, und neue Reaktoren in China, Indien, Südkorea und Teilen Europas gingen in Betrieb. Der Ausbau der Kernenergie bedeutet gleichzeitig neue Schwierigkeiten und Gefahren. Die IEA weist darauf hin, dass die weltweite Erweiterung der Kernkraftflotte vor allem auf Technologien aus China und Russland angewiesen ist, was langfristig Risiken in Bezug auf politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten mit sich bringen kann.

Mahnung: Schwachstellen bei Lieferketten im Energiesektor

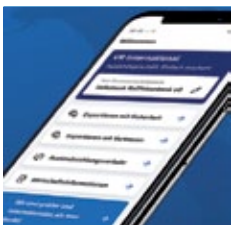
Die IEA ruft die Politik dazu auf, die schwachen Lieferketten im Energiesektor zu stärken. Problematisch sind vor allem die Versorgungsketten von wichtigen Mineralien. Bei energierelevanten, strategischen Mineralien sei mit China ein einziges Land führend in der Veredelung

von 19 der 20 Rohstoffe. Sie seien für Batterien und Stromnetze enorm wichtig, kämen aber auch in Verteidigungssystemen und Chips für KI zum Einsatz. Besonders mit Blick auf Nickel und Kobalt habe die geografische Konzentration seit 2020 zugenommen, heißt es in einem IEA-Bericht. Energie ist aus Sicht der in Paris ansässigen Organisation mittlerweile ein Kernthema der wirtschaftlichen und nationalen Sicherheit geworden. Sie betont, es müsse dringend gehandelt werden, um sich gegen potenzielle Störungen zu wappnen und strukturelle Risiken auf lange Sicht zu verringern. Der Stromsektor sei zunehmend auch anfällig für wetterbedingte Gefahren und Cyberrisiken.

Für Mittelständler

Mittelständler können sich an Forschungsprojekten im Rahmen des Technology Collaboration Programmes (TCP) beteiligen. Es handelt sich dabei um internationale Expertengruppen, die sich mit verschiedenen Energietechnologien befassen. So können sich Unternehmen über eigene Forschungs- und Entwicklungsprojekte beteiligen oder mit Forschungseinrichtungen oder Universitäten kooperieren. Die meisten TCP-Projekte sind Konsortien aus Industrie und Forschung. Der typische Zugang läuft über nationale Programme: Deutschland engagiert sich derzeit in 24 von insgesamt 39 laufenden TCP. Dabei liegt die Federführung beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Weitere Informationen: www.iea.org/programmes/technology-collaboration-programme



Digitale Plattform „VR International“: Mehrwert für Ihre internationalen Geschäfte

Die App „VR International“, die das monatlich erscheinende Fachmagazin ergänzt, können Sie sich kostenlos in den App Stores (Android und iOS) herunterladen.



IMPRESSUM

Herausgeber: DG Nexolution eG
Redaktion: MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG
Rudolfstr. 22-24, 60327 Frankfurt am Main
Objektleitung: Andreas Köller, DG Nexolution eG, E-Mail: andreas.koeller@dg-nexolution.de
Verlag: DG Nexolution eG
Vertreten durch den Vorstand: Marco Rummer (Vorsitzender),
Dr. Sandro Reinhardt, Florian P. Schultz
Leipziger Str. 35, 65191 Wiesbaden

Druck und Versand: Görres-Druckerei und Verlag GmbH, Niederbieberer Str. 124, 56567 Neuwied
Bildnachweis: Shutterstock; International Energy Agency
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der DG Nexolution eG zulässig.
ISSN 2195-206X
VR International erscheint monatlich und ist bei Volksbanken und Raiffeisenbanken erhältlich.
Redaktionsschluss ist jeweils vier Wochen vor Erscheinungstermin.
Für die Richtigkeit und Vollständigkeit keine Gewähr.